



Presseschau vom 01.11.2022

Quellen: RT, Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnronline*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass* in Rot und *ukrainische Quellen* in Blau gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind violett gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

de.rt.com: Krisen- und Insolvenzticker Deutschland und Europa

Die deutsche Wirtschaft rutscht immer tiefer in die Krise. Unter dem Druck dramatisch steigender Energiekosten und anderer ungünstiger Rahmenbedingungen sind allein in diesem Jahr tausende Unternehmen insolvent gegangen. Wir fassen in diesem Ticker die wichtigsten Entwicklungen und Neuigkeiten zusammen. ...

<https://kurz.rt.com/380r> bzw. [hier](#)

Andrei Rudaljow: Putin sieht historischen Scheidepunkt: Es warten viele Gefahren, aber auch Chancen für die Welt

Mit seiner Rede vor dem Diskussionsklub Waldai zeigt Präsident Wladimir Putin Russlands neues Selbstverständnis. Für die Welt böten die kommenden Jahre trotz ihres Konfliktpotenzials die Chancen auf eine gerechtere Ordnung. ...

<https://kurz.rt.com/3a2w> bzw. [hier](#)

Elem Rasnotschinski: Soros-Strategie trägt Früchte: Moldawien folgt dem Westen notfalls auch in den Krieg

Wenn es nicht bald ein dezidiertes Volkserwachen gibt, wird Präsidentin Maia Sandu Moldawien in wenigen Monaten in den Ukrainekrieg hineinziehen. Für die Führung in Chişinău gibt es keinen Weg zurück, nur die Flucht nach vorn – für das US-amerikanische Vaterland. ...

<https://kurz.rt.com/3a0a> bzw. [hier](#)

Dagmar Henn: Die neue nationale Sicherheitsstrategie der USA: Eine offene Drohung mit Atomwaffen

Keinen atomaren Erstschlag? Darauf wollen sich die USA nicht einlassen. Mehr noch, in der neuen Version der nationalen Sicherheitsstrategie werden moderne konventionelle Waffen behandelt, als wären sie nukleare, nur weil die USA technisch ins Hintertreffen geraten sind.

...

<https://kurz.rt.com/3a3y> bzw. [hier](#)

Mirko Lehmann: "Bild" feiert einen Söldner aus Sri Lanka, der in ukrainischer Legion kämpft

Das Springerblatt liefert mit diesem Artikel ein Stück Frontberichterstattung und geht dafür sozusagen in den Schützengraben. Dabei scheut man natürlich keine Floskeln und keine Klischees. Protagonist ist ein Söldner, der nicht in das übliche Bild passt. Trotzdem werden alle Stereotypen bedient. ...

<https://kurz.rt.com/3a2n> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

20:13 de.rt.com: **Versicherungsfall? Nord Stream AG schickt Spezialschiff zur Untersuchung der Explosionen**

Zur Feststellung der Schadensursache hat die Nord Stream AG ein Spezialschiff zu den beschädigten Pipelines in der Ostsee geschickt. Die Versicherungen müssten im Falle "höherer Gewalt" oder westlichen Terrors aufkommen. Eine Sabotage durch Gazprom würde als "Kriegshandlung" bewertet, bei der der Schaden nicht übernommen wird.

Die Nord Stream AG hat am Donnerstag [mitgeteilt](#), dass ihr von schwedischen Behörden die Untersuchung der Schadstellen der Nord-Stream-Pipelines in schwedischen Gewässern genehmigt wurde. Die Nord Stream AG, an der Energieunternehmen aus Deutschland, den Niederlanden, Russland und Frankreich [beteiligt](#) sind, muss für die Klärung der Schadensübernahmekosten die Ursache des Schadens angeben.

Wie die [Berliner Zeitung](#) berichtete, habe das gecharterte Spezialschiff am Sonntag den mutmaßlichen Ort der Explosionen an den Pipelines innerhalb der schwedischen Wirtschaftszone erreicht. US-Militäranalysten hätten an der Stelle mit Radaraufnahmen Schiffsbewegungen registriert. Beim Spezialschiff soll es sich um die russische "Nefrit" handeln, die von mindestens einem Schiff der schwedischen Marine begleitet werde. Es hänge von der Ursache ab, ob die Versicherungen der Nord Stream AG für den Schaden aufkommen, der sich geschätzt auf Hunderte Millionen Euro beläuft. Zu den wichtigsten Versicherern der Gasleitung gehören laut Berliner Zeitung die Münchener Rück, Lloyd's und Zurich.

Wird "höhere Gewalt" als Ursache festgestellt, so müssten die Versicherungen zahlen. Auch im Falle eines Terrorakts durch westliche Einheiten wären sie zahlungspflichtig. Nur im Falle einer Sabotage durch Gazprom würden die Versicherungen Reuters zufolge dies als "Kriegshandlung" klassifizieren und nicht für die Schäden aufkommen. Reuters berief sich auf einen Rechtsexperten von [Fenchurch Law](#). Kriegshandlungen seien demnach nicht von der Police gedeckt.

Zum aktuellen Zeitpunkt sei unklar, wer hinter dem Anschlag auf die Gasleitungen steckt. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron hat diesbezüglich kürzlich geäußert, er habe von skandinavischen Ländern erfahren, es könne noch keine klare Aussage über die Täterschaft geben. Das russische Verteidigungsministerium hatte dazu am Samstag [mitgeteilt](#), es habe Erkenntnisse, wonach "Vertreter einer Einheit der britischen Marine an der Planung, Vorbereitung und Durchführung eines terroristischen Anschlags in der Ostsee am 26. September dieses Jahres beteiligt" gewesen seien.

Zurzeit wartet die Nord Stream AG auch noch auf die Genehmigung der dänischen Behörden für die Untersuchung der Pipeline-Schäden in der dänischen Wirtschaftszone der Ostsee.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.10/article/635faad948fbef18f72b2236.jpg>

20:32 de.rt.com: **Russische Streitkräfte schlagen ukrainischen Versuch zurück, Verteidigungslinie im Gebiet Cherson zu durchbrechen**

Ukrainische Truppen hätten versucht, die Verteidigungslinie in die Richtung Berislaw im Gebiet Cherson zu durchbrechen, der Angriff sei zurückgeschlagen worden, wie der

stellvertretende Leiter der Militär- und Zivilverwaltung des Gebiets, Kirill Stremoussow, mitteilte. Auf seinem Telegram-Kanal [schrieb](#) er:

"In Richtung Berislaw versuchten die Nazis erneut, die Verteidigungslinie zu durchbrechen. Zwei Panzer wurden zerstört. Die Zahl der getöteten Nazis und Söldner wird gerade geklärt." Wie das russische Verteidigungsministerium früher mitgeteilt hatte, hätten die ukrainischen Streitkräfte außerdem vier Angriffsversuche mit taktischen Gruppen in Richtung der Siedlungen Pjatichatka, Tschervony Jar, Ischtschenka und Seleny Gai im Gebiet Cherson unternommen. Dabei seien über 70 ukrainische Soldaten und Söldner getötet, fünf gepanzerte Kampffahrzeuge, sieben Fahrzeuge und eine deutsche Selbstfahrlafette zerstört worden.

21:06 de.rt.com: **Gebiet Cherson erweitert Zone für Umzug der Einwohner**

Die Umzugszone für die Einwohner des Gebiets Cherson sei um 15 Kilometer vom Dnepr erweitert worden, da Kiew einen massiven Raketenangriff auf den Staudamm des Wasserkraftwerks Kachowskaja vorbereitet, teilte der amtierende Gouverneur des Gebiets, Wladimir Saldo, auf seinem Telegram-Kanal mit. Er [betonte](#):

"Aufgrund der Möglichkeit, dass das ukrainische Regime verbotene Kriegsmethoden einsetzt, sowie aufgrund von Informationen über die Vorbereitung eines massiven Raketenangriffs auf den Staudamm des Kraftwerks Kachowskaja besteht die unmittelbare Gefahr einer Überflutung des Gebiets Cherson, einer massiven Zerstörung der zivilen Infrastruktur und einer humanitären Katastrophe."

Nach Angaben von Saldo hat er in dieser Situation beschlossen, die Umzugszone um 15 Kilometer vom Dnepr aus zu erweitern. Es handele sich um die Siedlungen des Stadtbezirks Nowokachowski und der Stadtkreise Golopristanski, Aleschkinski, Kachowski, Gornostajewski, Welikolepetichski und Werchnerogatschikski.

Der amtierende Gouverneur betonte auch, dass das Gebiet Cherson weiterhin unter dem zuverlässigen Schutz der russischen Armee stehe und dass die Entscheidung, die Abzugszone zu erweitern, eine gestaffelte Verteidigung schaffen werde. Dies wiederum werde dazu beitragen, einen Angriff der ukrainischen Truppen abzuwehren und die Zivilbevölkerung zu schützen.

Saldo forderte die Bevölkerung auf, ruhig und besonnen zu bleiben, alle geltenden Regeln zu befolgen und nicht in Panik zu geraten. Nach seinen Worten sollte jeder in dieser schwierigen Zeit Zivilcourage und Selbstbeherrschung zeigen.

21:34 de.rt.com: **Luftabwehr im Gebiet Belgorod im Einsatz**

Ein Luftabwehrsystem sei über Belgorod im Einsatz. Dies gab der Gouverneur des Gebiets, Wjatscheslaw Gladkow, auf seinem Telegram-Kanal bekannt. Er [schrieb](#):

"In Belgorod und im Gebiet Belgorod wurde unser Luftabwehrsystem ausgelöst. Die operativen Dienste klären Informationen über die Folgen vor Ort."

Gladkow stellte fest, dass es bisher keine Informationen über Opfer oder Schäden gibt. Er erklärte:

"Wenn es welche gibt, werde ich Sie auf jeden Fall zusätzlich informieren."

Seit Beginn der russischen Spezialoperation in der Ukraine haben die Behörden in den Grenzgebieten, darunter auch im Gebiet Belgorod, Dutzende Fälle des Beschusses von Siedlungen in ihren Gebieten gemeldet. Das Gebiet Belgorod grenzt an die Gebiete Sumy und Charkow in der Ukraine. Für das Gebiet gilt Terrorismusgefahrenstufe Gelb.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.10/article/63602bd148fbef78b166ae7d.jpg>
Belgorod nach ukrainischem Beschuss

21:42 de.rt.com: **Abgesagt: Kein Freundschaftsspiel zwischen Bosnien und Russland**

Der Fußballverband von Bosnien und Herzegowina hat beschlossen, ein für November geplantes Freundschaftsspiel mit der russischen Fußball-Nationalmannschaft auf unbestimmte Zeit zu verschieben.

Die Partie war ursprünglich für den 19. November in Sankt Petersburg geplant. Wie es nun auf der offiziellen Webseite des bosnischen Fußballverbands heißt, wird das Spiel nicht wie geplant stattfinden, sondern auf einen späteren Zeitpunkt verschoben.

Der Russische Fußballverband kommentierte, man sei von einer möglichen Verschiebung des Spiels ausgegangen. Zuvor hatten sich mehrere Fußballer aus Bosnien und Herzegowina gegen das Spiel ausgesprochen. Auch Andrei Pawelko, Präsident des ukrainischen Fußballverbandes, forderte, dass die UEFA und die FIFA die Partie verbieten. "Wir tun alles, um das Spiel zu verhindern", sagte er damals. Außerdem verlangte er den Ausschluss Russlands aus der UEFA und der FIFA.

Im September spielte die russische Nationalelf unter der Leitung von Waleri Karpin ihr einziges Spiel in diesem Jahr gegen Kirgisistan und gewann 2:1. Es war das erste Spiel des Teams seit 314 Tagen. Russische Fußball-Mannschaften sind wegen des Krieges in der Ukraine seit Ende Februar von allen internationalen Wettbewerben ausgeschlossen. Der russische Verband ist aber weiter Mitglied in der FIFA und der UEFA.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.10/article/635fc9cb48fbef18f72b2251.jpg>
Waleri Karpin, Trainer der russischen Nationalmannschaft

vormittags:

7:07 de.rt.com: **Medienbericht: Israel wird Kommunikationssysteme an die Ukraine liefern**

Israel wird der Ukraine militärische Kommunikationssysteme zur Verfügung stellen, die das Land vor Monaten angefordert hat. Hierüber berichtete die Jerusalem Post mit Verweis auf die enthüllungsjournalistische Sendung Uvda im israelischen Fernsehsender N12 am Montagabend.

Journalisten von Uvda sprachen mit dem ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij, hieß es. Dieser habe mitgeteilt, dass die Ukraine bereits vor Monaten Kommunikationssysteme von Israel angefordert habe. Seiner Ansicht nach geht es bei Israels Zurückhaltung bei der Bereitstellung militärischer Hilfe für die Ukraine nicht um die nationale Sicherheit des Landes, sondern um die Haltung gegenüber dem russischen Präsidenten Wladimir Putin. Selenskij bestehe darauf, dass sich Israel in dem Konflikt "für eine Seite entscheiden" müsse.

7:43 de.rt.com: **Nächtlicher Luftalarm in weiten Teilen der Ukraine, Explosionen in Poltawa**

In der ukrainischen Stadt Poltawa waren am frühen Morgen mehrere Explosionen zu hören. Der Leiter der militärischen Gebietsverwaltung von Poltawa Dmitri Lunin meldete dies am Dienstagmorgen um drei Uhr Ortszeit:

"In Poltawa-Stadt sind Explosionen zu hören."

Eine Stunde später fügte er an:

"Über dem Gebiet Poltawa sind feindliche unbemannte Fluggeräte. Drei wurden abgeschossen. Weitere kreuzen über dem Gebiet umher."

Kurz vor sechs Uhr morgens meldete er schließlich:

"Vier feindliche Drohnen sind in zivile Objekte eingeschlagen."

Infolgedessen seien Brände ausgebrochen. Opfer gebe es keine.

Am Dienstag meldete die ukrainische Luftalarmzentrale Luftalarm in den Gebieten Winniza, Kirowograd, Nikolajew, Tscherkassy, Dnepropetrowsk, Poltawa, Charkow und Sumy. Später wurde der Alarm in all diesen Gebieten wieder aufgehoben, aber nach einer Weile in mehreren Gebieten, darunter auch Poltawa, wieder ausgerufen. Neben Poltawa waren dies die Gebiete Dnepropetrowsk, Charkow, Sumy sowie die noch von Kiew kontrollierten Territorien der russischen Volksrepublik Donezk und des russischen Gebiets Saporoschje.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 01.11.2022**

Bei aktiven Offensivhandlungen von Einheiten der Volksmiliz der LVR erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden große Verluste an Personal und Technik. Vernichtet wurden:

- 80 Mann;
- 3 Panzer;
- 5 Schützenpanzerwagen;
- 3 Drohnen;
- 10 Spezialfahrzeuge.

Der Gegner setzt den Beschuss von Objekten der zivilen Infrastruktur von Ortschaften der LVR fort.

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine **Perwomajsk und Kremennaja** unter Einsatz von amerikanischen Mehrfachraketenwerfern M142 HIMARS und Artilleriegeschützen des Kalibers 155mm **beschossen** und 5 Raketen und 3 Artilleriegeschosse abgefeuert.

Indolge des Beschusses

- **starb in Altschewsk ein Zivilist**, geb. 1956, das Hotel „Metallurg“ wurde zerstört, 7 Mehrparteienwohnhäuser und ein Lebensmittelgeschäft wurden beschädigt;
- **starb in Kremennaja eine zivile Einwohnerin**, geb. 1939;
- wurden in Perwomajsk das Gebäude eines Komplexes des ehemaligen Menshinskij-

Krankenhauses und Gebäude des Perwomajsker Colleges zerstört, außerdem wurden 5 Wohnhäuser beschädigt;

- wurden in Swatowo 2 einstöckige Wohnhäuser, eine Stromleitung und eine Gasleitung beschädigt.

In den von den ukrainischen Nationalisten befreiten Territorien der Lugansker Volksrepublik wird wieder ein friedliches Leben aufgebaut.

Technische Pioniereinheiten der Volksmiliz der LVR setzen die Minenräumung fort.

Im Verlauf des 31. Oktober haben sie mehr als 7 Hektar Territorium von explosiven Objekten gesäubert, die von ukrainischen Nationalisten in den Gebieten von Omelkowo und Nowoomelkowo zurückgelassen wurden, gesäubert.

Die Volksmiliz der LVR setzt gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen die Lieferung von humanitärer Hilfe an Einwohner dieser Bezirke fort.

Im Rahmen des Programms „Alles für den Sieg!“ haben Freiwillige der Volksfront humanitäre Hilfe für mobilisierte Soldaten geliefert, darunter warme Kleidung und Heizgeräte.

8:24 de.rt.com: **USA: Verlegung von atomwaffenfähigen B-52-Bombern nach Australien geplant**

Laut Medienberichten planen die USA, atomwaffenfähige B-52-Bomber nach Australien zu verlegen. Zu diesem Zweck werde auch der Stationierungsort wesentlich umgebaut. Dies geschehe vor dem Hintergrund wachsender Spannungen mit China im asiatisch-pazifischen Raum.

Das US-Militär plant, atomwaffenfähige strategische B-52-Bomber in Australien zu stationieren, berichten Reuters und der US-amerikanische TV-Sender ABC unter Berufung auf offizielle Unterlagen und anonyme Quellen bei den US-Luftstreitkräften. Demnach soll das australische Bundesterritorium Northern Territory zum Stationierungsort und damit zu einem wichtigen militärischen Knotenpunkt werden – vor dem Hintergrund eines Patts zwischen den USA und China.

Laut dem [ABC-Bericht](#) sollen die Bomber auf den Militärflugplatz Tindal südlich der australischen Stadt Darwin verlegt werden. Außerdem plane das Pentagon, eine "Geschwadereinsatzzentrale" zu bilden, einschließlich eines Wartungszentrums und Stellplätzen für sechs B-52-Bomber. Die Erweiterung des Militärflugplatzes könne bis zu 100 Millionen US-Dollar kosten und bis Ende 2026 dauern.

Eine "verstärkte Luftkooperation zwischen Australien und den USA" sei der ABC zufolge beim AUSMIN-Ministertreffen im vergangenen Jahr diskutiert worden. Dort habe man sich auf "eine rollierende Stationierung von US-Flugzeugen aller Art" geeinigt.

Die US-Luftstreitkräfte sollen der ABC Folgendes mitgeteilt haben:

"Die Fähigkeit, Bomber der US-Luftstreitkräfte in Australien zu stationieren, sendet eine starke Botschaft an unsere Gegner über unsere Fähigkeit, eine tödliche Stärke der Luftstreitkräfte zu entfalten."

Eine Stationierung von B-52-Bombern in Australien ist offiziell nicht bestätigt. Trotzdem teilte am Montag eine namentlich nicht genannte Quelle Reuters mit, Pläne zur Einrichtung spezieller Anlagen für Bomber seien tatsächlich in Arbeit.

Die Aufstockung militärischer Mittel der USA ist nicht auf Tindal beschränkt. Derzeit [bauen](#) die USA einen massiven Speicher für Flugzeugbenzin nahe der Stadt Darwin. Der Bau wird auf 270 Millionen US-Dollar geschätzt. Gleichzeitig soll der gemeinsame US-amerikanische und australische Geheimdienststützpunkt Pine Gap einem großen Umbau unterzogen werden. Im Jahr 2021 kündigten die USA, Australien und Großbritannien die Schaffung eines neuen AUKUS-Sicherheitspakts an. Die Vereinbarung sieht vor, Canberra mit konventionell bewaffneten und atomgetriebenen U-Booten auszustatten und damit seine Marinekapazitäten deutlich zu stärken.

In Peking sorgte die Schaffung des Pakts für Empörung. Dort geht man davon aus, dass Projekte wie AUKUS ein ernstes Risiko für die nukleare Sicherheit darstellten. Erst im August dieses Jahres erklärte der russische Verteidigungsminister Sergei Schoigu, dass AUKUS der Sicherheit im asiatisch-pazifischen Raum schaden könnte, da der Pakt möglicherweise militärpolitische Relevanz erhalten könnte. US-Verteidigungsminister Lloyd Austin wies diese Einschätzung zurück und sagte, Washington versuche nicht, eine asiatische NATO zu gründen.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.10/article/635fa7b1b480cc575625d919.jpg>

Ein strategischer B-52-Bomber während einer Bomber Task Force-Mission am 4. September 2022

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 1.11.22 um 10:30 Uhr**

Die ukrainische Seite terrorisiert weiter die Zivilbevölkerung der Republik, indem sie massive Artillerieschläge auf Wohngebiete und Objekte der zivilen Infrastruktur verübt, die ihrerseits keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner nach Informationen des GZKK-Vertreters der DVR **158 Geschosse** mit Rohrartillerie des Kalibers 155 und 152mm mm **abgefeuert**.

Die Gebiete von **8 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge von Beschuss **starben 2 Zivilisten und 6 wurden verletzt**. 13 Häuser und 7 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: 4 Panzer (2 T-72M1 und 2 T-64BW), 1 Geschütz „5P85S“, 5 Stück Panzer- und Fahrzeugtechnik. 3 Drohnen des Gegners wurde in der Luft abgeschossen.

Die Verluste an Personal des Gegners betrugen 50 Mann.

8:32 de.rt.com: **Russische Heimkehrer berichten von Folter durch ukrainische Soldaten**

Neun Soldaten der Volksrepubliken Donezk und Lugansk, die durch Austausch aus ukrainischer Gefangenschaft befreit wurden, haben sich mit ihren Familien vereint, [meldete](#) ein TASS-Reporter am Dienstag.

Im Gespräch mit Journalisten schilderten die Soldaten Folter und moralischen Druck, denen sie ausgesetzt waren. Juri Sikatsch, ein mobilisierter Student der Donezker Akademie für Management und öffentlichen Dienst, wurde am 25. März nahe Charkow gefangen genommen:

"Wir wurden von Asow-Kämpfern gefangen genommen. Wir wurden alle geschlagen, auch ich wurde geschlagen. Mit Fäusten, Gewehrkolben – was immer ihnen in die Finger kam. Wir hörten ständig Drohungen, dass wir erschossen werden sollen, wurden gedemütigt und

beleidigt."

"Viele unserer Jungs wurden mit Stromschlägen gefoltert."

Andrei Gluschtschenko, Leiter der Hochschule der Staatlichen Pädagogischen Universität Lugansk, wurde am 24. Februar im Rahmen der republikweiten Mobilmachung eingezogen. Rund 70 km von Saporoschje entfernt geriet er in Gefangenschaft. Die ukrainische Seite habe aus Gefangenen medienwirksame Aussagen herausgeprügelt, so Gluschtschenko:

"Es herrschte ein großer moralischer und physischer Druck. Wir wurden geschlagen. Einige wurden getreten und mit Fäusten geschlagen, andere mit Baseballschlägern. Besonders hart wurde ausgeteilt, wenn einer vor der Kamera etwas Falsches sagte. Sie hielten dann die Aufnahme an, führten eine 'Prophylaxe' durch und setzten anschließend die Aufnahme fort." Zuvor hatte der amtierende Leiter der Volksrepublik Donezk Denis Puschilin bekanntgegeben, dass am Samstag ein Gefangenenaustausch im Format "50 gegen 50" stattgefunden habe.

Seinen Kommentar [veröffentlichte](#) die russische Nachrichtenagentur TASS:

"Unter denjenigen, die in der Ukraine gefangen gehalten wurden, gibt es nicht einen Mann, der von humaner Behandlung berichtet hätte. Keinerlei Konventionen werden gewahrt, nicht die Menschenrechte, nicht die Kriegsführungsabkommen."



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/original/6360e78348fbef78b166aec7.jpg>

Kriegsgefangene berichten nach Heimkehr in die Volksrepubliken Donezk und Lugansk von flächendeckender Folter bei den Ukrainern

9:11 de.rt.com: **Gaspreisdeckel – Katar wirft EU Heuchelei vor**

Der Energieminister Katars wirft der EU Heuchelei vor. Die freie Preisbildung sei für alle die beste Lösung, sagte er im Hinblick auf Pläne der Europäischen Union für einen Preisdeckel. Die EU hatte zuvor ein Kartellverfahren gegen Katar wegen Marktverzerrung abgeschlossen. Katar übt schwere Kritik an Plänen der EU-Kommission zur Deckelung der Gaspreise. Wie die Agentur Bloomberg meldet, wirft der Energieminister von Katar der EU-Kommission Heuchelei vor. Freie Preisbildung sei für alle die beste Lösung, sagte Energieminister Saad Al Kaabi in einem Interview mit Bloomberg TV.

Die EU-Kommission will einen Korridor für den Gaspreis festsetzen und damit die Höhe des Gaspreises begrenzen. Dieser Eingriff in den Markt widerspreche den Regeln des freien Wettbewerbs, welche die EU zuvor für die Produzenten angewandt habe, sagte Al Kaabi. Eine künstliche Begrenzung des Preises hätte zudem den Effekt, dass Investitionen in die Erschließung neuer Quellen unterblieben, führte der Minister weiter aus. Auch könnten Rivalen den Markt der EU austrocknen, indem sie nur einen Cent mehr als den von der EU gedeckelten Preis anböten und so Lieferströme zu sich umleiten.

Das Verhältnis der EU zu Katar war bereits zuvor durch ein kartellrechtliches Verfahren

belastet worden, das die EU nach vier Jahren im März 2022 abschloss.

Der Vorwurf der Europäischen Kommission war, Katar würde seine Marktmacht ausnutzen und über Verträge die freie Verteilung von LNG innerhalb der EU verhindern.

Das Emirat am Persischen Golf weist darauf hin, dass die Probleme im Energiesektor für die EU noch bis mindestens 2025 bestehen bleiben werden, wenn Russland seine Gaslieferungen nicht wieder aufnimmt. Die EU will von russischen Energielieferungen unabhängig werden. Angebote Russlands, über den letzten intakten Strang der Nord Stream-Pipeline Gas nach Deutschland zu liefern, lehnt Berlin unter Verweis auf eine fehlende Zertifizierung bisher ab. Drei der vier Stränge der Pipeline, die Gas aus Russland durch die Ostsee direkt nach Deutschland liefert, waren bei einem Sabotageakt zerstört worden.

Versuche des deutschen Wirtschaftsministers Robert Habeck (Die Grünen) und von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) Katar als Lieferanten von Flüssiggas zu gewinnen, sind bisher gescheitert. Der Aufbau neuer Kapazitäten dauere mehrere Jahre, war das Argument für die Absage des Emirats an Deutschland. Zudem lohne sich das Investment nur mit langfristigen Verträgen. Diese will Deutschland angesichts des geplanten Ausstiegs aus der Verwendung von fossilen Energieträgern jedoch nicht eingehen.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/article/6360c54e48fbef78f24e3535.jpg>

Wirtschaftsminister Robert Habeck (Die Grünen) und der Energieminister von Katar, Saad Sharida al-Kaabi, im März 2022

9:45 de.rt.com: **Putin verdeutlicht Position Russlands zum Getreideabkommen**

Russland hat seine Beteiligung am Getreideabkommen ausgesetzt. Nun verdeutlichte der russische Präsident Wladimir Putin die Position Moskaus zu dem Deal. Die meisten Agrarprodukte, die Kiew im Rahmen des Abkommens ausführe, kämen nicht bei denjenigen an, die sie am dringendsten benötigen.

Das Getreideabkommen zwischen Moskau und Kiew habe seine Ziele nicht erreicht, sagte der russische Präsident Wladimir Putin am Montag. Die meisten ukrainischen Agrarerzeugnisse, die im Rahmen der Vereinbarung exportiert würden, seien nicht in die ärmeren Länder gelangt, für die sie bestimmt waren, sondern in Europa und der Türkei gelandet, so Putin. Der russische Staatschef erklärte, dass Moskau seine Beteiligung an dem Abkommen aussetze, sich aber nicht vollständig aus ihm zurückziehe.

Das Übereinkommen sei dazu gedacht, "die Belange der ärmeren Länder zu sichern", sagte er und fügte hinzu, dass die tatsächliche Exportstruktur des ukrainischen Getreides nach Angaben des russischen Geheimdienstes eine ganz andere sei.

"Wir haben diesem [Getreideabkommen] gerade im Interesse der ärmeren Länder zugestimmt", erklärte Putin. Und weiter:

"Im Großen und Ganzen sieht es so aus, dass 34 Prozent des [ukrainischen] Getreides an die Türkei gehen, 35 Prozent oder sogar noch mehr wird von den EU-Ländern abgenommen, und nur zwischen drei und vier ... oder fünf Prozent, laut unserem Landwirtschaftsministerium ... gehen an die ärmeren Länder."

Putins Äußerungen kamen, nachdem das russische Militär den für die Ausfuhr ukrainischen Getreides genutzten Schwarzmeer-Korridor, der im Zuge des im Juli in Istanbul erzielten Abkommens vereinbart worden war, [geschlossen](#) hatte. Das von den Vereinten Nationen und der Türkei vermittelte Übereinkommen war zunächst als entscheidend für die Bewältigung der weltweiten Nahrungsmittelkrise und die Vermeidung von Hungerkatastrophen in den ärmsten Ländern der Welt gefeiert worden.

Russland hat seitdem wiederholt darauf hingewiesen, dass das Getreide in Wirklichkeit an andere Orte geliefert werde. Nach einem massiven Drohnenangriff auf den Marinestützpunkt in der Hafenstadt Sewastopol auf der Krim in der vergangenen Woche beschloss Moskau, seine Beteiligung an dem Deal [auszusetzen](#). Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums wurden die bei dem Angriff eingesetzten Marinedrohnen durch die Sicherheitszone des Getreide-Korridors navigiert, um ihr Ziel zu erreichen. Eine von ihnen könnte sogar von einem zivilen Schiff aus gestartet worden sein, das für den Transport ukrainischer Getreidelieferungen angeheuert wurde, heißt es weiter.

Zuvor hatte Kreml-Sprecher Dmitri Peskow am Montag erklärt, Russland sei bereit, die fehlenden ukrainischen Getreideexportmengen aus eigenen Beständen zu [kompensieren](#). Gleichzeitig sagte er, dass Moskau noch nicht die Bedingungen nennen könne, die es zur Wiederaufnahme seiner Beteiligung an dem Abkommen veranlassen würden.

Nach der Entscheidung Moskaus, die russische Beteiligung an dem Deal auszusetzen, hatten die Vereinten Nationen darauf bestanden, dass "Nahrungsmittel unabhängig von den Umständen transportiert werden müssen." Zivile Schiffe "dürfen niemals ein militärisches Ziel sein oder als Geiseln gehalten werden", sagte der UN-Koordinator für die Getreide-Initiative im Schwarzen Meer, Amir Abdulla. Russland hatte zuvor erklärt, es könne die Sicherheit des Getreide-Korridors nicht garantieren, wenn Kiew ihn für militärische Zwecke nutze.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/article/6360d654b480cc23b226d998.jpg>

9:51 de.rt.com: **Mehr als 15.000 Menschen melden sich seit Beginn der Sonderoperation bei russischen Freiwilligeneinheiten**

Seit Beginn der russischen Sonderoperation zur Verteidigung des Donbass haben sich mehr als 15.000 Menschen bei Freiwilligeneinheiten gemeldet, teilte Aleksander Tuljaganow mit, der Leiter der 2. Direktion der Hauptabteilung für Organisation und Mobilisierung des Generalstabs der russischen Streitkräfte. Auf einer Sitzung des Haushalts- und Finanzmarktausschusses des Föderationsrates sagte er:

"Derzeit haben mehr als 15.000 Menschen die Freiwilligeneinheiten durchlaufen."

Tuljaganow zufolge handelt es sich dabei sowohl um Freiwillige, die im Rahmen der Teilmobilisierung an die Front gingen, als auch um solche, die sich aus freien Stücken bei den Einberufungsämtern meldeten und sich Freiwilligeneinheiten anschlossen.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/article/6360dac048fbef7b7a1aa7ac.jpg>

Freiwillige werden entsandt, um eine zusätzliche Ausbildung in den Ausbildungszentren des russischen Verteidigungsministeriums zu absolvieren und an der russischen Sonderoperation in der Ukraine teilzunehmen. Foto vom 26. September 2022

10:24 de.rt.com: **Kiews Truppen trainieren weiter Sturm auf AKW Saporoschje**

Mehr als 200 Soldaten der Spezialeinheiten der ukrainischen Streitkräfte trainieren auf dem Gelände des Petrochemie-Lagerkombinats Swesda in der Stadt Saporoschje die Anlandung von Truppen an den Ufern des Dnepr. Dies berichtete Wladimir Rogow, Vorsitzender der Bewegung "Wir gemeinsam mit Russland", gegenüber der Nachrichtenagentur TASS. "Das Swesda-Kombinat ist ein Übungsplatz der Kämpfer dieser Sondereinsatzkräfte. Es gibt dort mehr als zweihundert von ihnen."

Laut Rogow findet die Ausbildung nun am Kai des Kombinats statt:

"Dort stehen große leere Öllager in relativer Entfernung von Wohngebäuden, alles ist abgesperrt. Es finden ständig Anlandungen statt – Start am rechten Ufer, Landung am linken Ufer."

Den Angaben zufolge rücken die Spezialkräfte aus dem Dorf Wladimirskoje bei Saporoschje-Stadt vor und landen nahe des Piers am Kombinat: "Früher trainierten sie in Wolnoandrewka, das etwas weiter weg ist. Jetzt trainieren sie auch auf dem Gelände dieses Betriebes."

Dass bei den ständigen Anlandungsübungen die Einnahme des Kernkraftwerks Saporoschje in Energodar einstudiert wird, ist angesichts mehrerer vorheriger Erstürmungsversuche seitens des ukrainischen Militärs nicht von der Hand zu weisen. Der jüngste Versuch wurde in der Nacht vom 28. auf den 29. Oktober 2022 von russischen Einheiten vereitelt.

10:59 de.rt.com: **Stremoussow: Mehr als 70 ukrainische Nationalisten bei Berislaw getötet**

Kirill Stremoussow, der stellvertretende Leiter der Gebietsverwaltung von Cherson, berichtet, dass mehr als 70 ukrainische Nationalisten beim Versuch, die Verteidigungslinie in Richtung Berislaw zu durchbrechen, getötet worden seien. Auf Telegram [schreibt](#) er:

"Etwa 70 Nazis kamen vor das Gericht des Allmächtigen. Etwa sieben Fahrzeuge von Nazis wurden zerstört."

Stremoussow wies auch darauf hin, dass die Umsiedlung von Menschen aus einer 15 Kilometer langen Zone am linken Ufer des Gebiets Cherson nun begonnen habe. Er bedankte sich für das Verständnis aller, die bereit sind, dem Militär Raum für Manöver zu geben.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/article/6360e3c0b480cc24015789fd.jpg>

11:32 de.rt.com: Volksrepublik Donezk beklagt 158 Einschläge ukrainischer Granaten in Wohngebieten in 24 Stunden – zwei getötete Zivilisten

Ukrainische Soldaten setzten die Zivilbevölkerung der Volksrepublik Donezk massiven Artillerieangriffen aus: Binnen 24 Stunden wurden Wohngebiete und Objekte der zivilen Infrastruktur von Kiews Truppen 41 Mal beschossen, 158 Haubitzengranaten im Kaliber 152 und 155 Millimeter schlugen in acht Ortschaften der Republik ein. Dies [meldet](#) die Vertretung der DVR beim Gemeinsamen Zentrum für Kontrolle und Koordinierung des Waffenstillstandsregimes im Donez-Becken (JCCC).

Bei dem Beschuss wurden zwei Zivilisten getötet und sechs weitere verwundet, 13 Häuser und sieben zivile Infrastruktureinrichtungen wurden beschädigt oder zerstört, so die Donezker JCCC-Vertretung.

Daten über zivile Opfer und Schäden an der Infrastruktur werden derzeit geprüft, heißt es.

nachmittags:

12:00 de.rt.com: Medienbericht: Uneinigkeit unter US-Republikanern über Hilfe für Ukraine wächst

Die Kontroverse über die Hilfe für die Ukraine wächst in den Reihen der Republikanischen Partei der USA, meldet The Washington Post.

Die Zeitung [berichtet](#), dass der Widerstand oder die Skepsis gegenüber weiteren US-Geldern für Kiew in den vergangenen Wochen zunehme, nachdem der republikanische Minderheitenführer im US-Repräsentantenhaus Kevin McCarthy gewarnt habe, dass seine Partei die Hilfe für die Ukraine einstellen oder einschränken würde, falls sie bei den Zwischenwahlen die Kontrolle über das US-Repräsentantenhaus erlangen sollte. Die Zeitung behauptet:

"Eine seltene Spaltung in der Republikanischen Partei ist entstanden. Eine, die wahrscheinlich zu einem offeneren Kampf eskalieren wird, wenn die Republikaner die Kontrolle über den Kongress erlangen und mit eindringlichen Forderungen von Biden und emotionalen Bitten des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij konfrontiert werden."

Eine Gruppe republikanischer Abgeordneter hatte sich zuvor gegen eine von den Demokraten eingebrachte Bestimmung in einem verbindlichen Gesetzesentwurf ausgesprochen, die es dem US-Justizministerium ermöglicht hätte, der Ukraine Millionen von US-Dollar aus den von Russland beschlagnahmten Vermögenswerten zukommen zu lassen. Der Zeitung zufolge formulierten die meisten Republikaner ihre Einwände unter dem Gesichtspunkt der

fiskalischen Verantwortung und sagten, es sei besser, mehr Geld für die Lösung innenpolitischer Probleme auszugeben.

12:26 de.rt.com: **Russischer Verteidigungsminister Schoigu meldet Mobilisierung von 87.000 Soldaten ins Kampfgebiet**

Russlands Verteidigungsminister Sergei Schoigu hat erklärt, dass 87.000 der 300.000 im Rahmen der Teilmobilisierung eingezogenen Personen in die Kampfgebiete entsandt worden seien. Auf einer Videokonferenz mit Behördenvertretern sagte er:

"Siebenundachtzigtausend Mann wurden nach der Durchführung von Zusatzausbildungen und Kampftrainings in die Kampfgebiete entsandt."

Schoigu teilte zudem mit, dass etwa 3.000 Ausbilder, die während der russischen Sonderoperation Kampferfahrung gesammelt hätten, für die Arbeit mit den Mobilisierten eingestellt worden seien. Der Verteidigungsminister sagte:

"Die Kampfausrichtung der gebildeten Einheiten wird auf den Übungsplätzen abgeschlossen. Die Hauptanstrengungen konzentrieren sich auf die Feldausbildung und die Befähigung zum Einsatz von Kommunikations-, Navigations- und Aufklärungsausrüstung. Mehr als 3.000 Ausbilder, die während der speziellen Militäroperation Kampferfahrung gesammelt haben, sind daran beteiligt."

Ihm zufolge bilden die Ausbildungszentren Besatzungen von Kampffahrzeugen und Panzern sowie Artilleristen, Scharfschützen, Spezialisten für unbemannte Luftfahrzeuge und elektronische Kriegsführung aus. Gleichzeitig wies Schoigu die Befehlshaber der Truppen der Militärbezirke und der Nordflotte erneut auf die Notwendigkeit hin, die gebildeten Einheiten zusammen mit den bereits an der speziellen Militäroperation teilnehmenden Einheiten einzusetzen.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/article/6360fc1348fbef7c5a3a47aa.jpg>

Wehrpflichtige feuern ein Flugabwehrgeschütz während einer Übung auf einem Übungsplatz ab

12:32 de.rt.com: **Türkei buhlt um Getreidedeal und Russland ist bereit, an arme Länder zu liefern**

Russland setzt seine Zustimmung zu den Getreideexporten aus der Ukraine auf unbestimmte Zeit aus. Ungeachtet der russischen Entscheidung sollen Schiffe nach Wunsch der Türkei und der Ukraine weiter fahren. Dass das Abkommen nun platzt, ist ein Rückschlag für Erdoğan. Die Türkei sei entschlossen, die Lebensmittelexporte der Ukraine fortzusetzen, obwohl Russland seine Teilnahme an einem von den Vereinten Nationen ausgehandelten Getreideabkommen ausgesetzt hat, hieß es in Medien. Russland hat das Abkommen offiziell wegen eines Angriffs mit Luft- und Wasserdrohnen auf den Stützpunkt der russischen Schwarzmeerflotte in Sewastopol auf der Krim ausgesetzt. Das russische Verteidigungsministerium gab an, dass die Schwarzmeerflotte eingesetzt werde, um die

Getreidetransporte zu sichern.

Aus Kiew und Ankara hieß es, Vertreter der Türkei und der UN verhandelten mit Russlands Delegation über eine Fortsetzung der "Getreideinitiative". Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan, der im Juli wesentlichen Anteil am Zustandekommen des Deals hatte, erklärte am Montag, dass die Arbeit daran weiterlaufe, ungeachtet der russischen Entscheidung.

Der türkische Verteidigungsminister Hulusi Akar sagte zeitgleich gegenüber seinem russischen Amtskollegen Sergei Schoigu, Moskau solle die Aussetzung seiner Teilnahme neu bewerten.

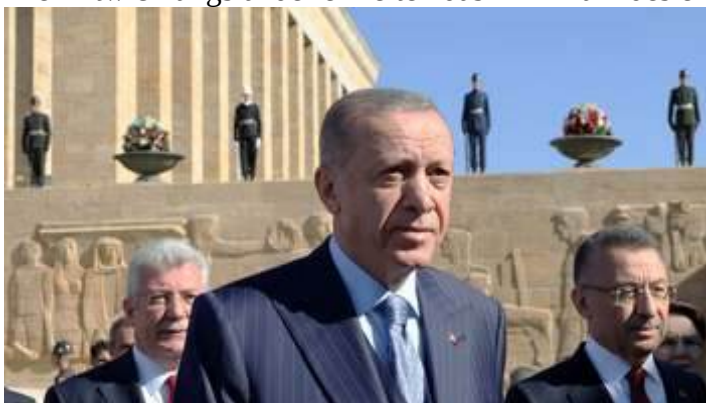
In einem Telefongespräch zwischen den beiden Ministern betonte Akar, dass es äußerst wichtig sei, dass das Getreideabkommen fortgesetzt werde, und fügte hinzu, dass es unabhängig vom Konflikt in der Ukraine umgesetzt werden sollte, so das türkische Verteidigungsministerium.

Russland warnte bereits, dass es "inakzeptabel" sei, dass Schiffe den Sicherheitskorridor durch das Schwarze Meer passieren.

"Die Bewegung von Schiffen durch den Sicherheitskorridor ist inakzeptabel, da die ukrainische Führung und das Kommando der ukrainischen Streitkräfte ihn nutzen, um militärische Operationen gegen die Russische Föderation durchzuführen", so das russische Verteidigungsministerium in einer Erklärung.

Ohne Russlands Teilnahme werde die Ausfuhr des Getreides kaum möglich sein, bemerkte Kreml-Sprecher Dmitri Peskow. Wenn Russland sage, dass es unmöglich sei, "die Sicherheit der Schifffahrt in den bezeichneten Gegenden zu garantieren" – also dem für die Ausfuhr genutzten Korridor –, erhalte das Abkommen "einen anderen Charakter: viel riskanter, gefährlicher und weniger garantiert", warnte Peskow.

Obwohl der Westen behauptet, dass Russland das Thema Getreide und damit letztlich "Hunger" als "Hebel" nutzen wolle, sagte der russische Landwirtschaftsminister Dmitri Patruschew am Sonntag, sei Russland bereit, "den ärmsten Ländern" in den kommenden vier Monaten 500.000 Tonnen Getreide "kostenlos" zu liefern. Patruschew lobte zugleich die Türkei als "unseren zuverlässigen Partner". Präsident Putin machte am selben Tag noch einmal deutlich, dass die meisten Getreidelieferungen nicht an arme Länder gegangen seien. Der Westen habe die armen Länder mit dem Deal zum ukrainischen Getreide hintergangen. Die Entwicklungsländer erhielten das Minimum des exportierten Getreides.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/article/6360f48648fbef0536356cb7.jpg>

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan besucht das Mausoleum von Mustafa Kemal Atatürk am 29. Oktober 2022 in Ankara

13:16 de.rt.com: **Schoigu verweist auf reduzierte militärische Fähigkeiten Kiews durch russische Angriffe auf Energie-Infrastruktur**

Die russischen Streitkräfte hätten das militärische Potenzial der Ukraine effektiv reduziert, indem sie die kritische Infrastruktur des Gegners getroffen hätten, sagte der russische

Verteidigungsminister Sergei Schoigu während einer Telefonkonferenz am 1. November. Der Minister erklärte:

"Mit hochpräzisen Waffenangriffen treffen wir weiterhin effektiv die militärische Infrastruktur sowie Einrichtungen, die den Abbau der militärischen Kapazitäten der Ukraine betreffen. Gleichzeitig werden umfassende Maßnahmen ergriffen, um den Tod von ukrainischen Bürgern zu verhindern."

Laut Schoigu führt das Kiewer Regime weiterhin terroristische Angriffe durch, um die Bevölkerung und soziale Einrichtungen zu zerstören. Der Beschuss des Atomkraftwerks Saporoschje, der Evakuierungspunkte der Bürger und der Verteilungsstellen der humanitären Hilfe gehe weiter. Die ukrainischen Streitkräfte zielen gezielt auf Menschenansammlungen, betonte der Verteidigungsminister.

Schoigu fügte hinzu, dass in den letzten zehn Tagen mehr als 200 US-HIMARS-Raketen bei der Abwehr feindlicher Luftangriffe abgefangen worden seien. Er betonte auch, dass in den letzten zwei Wochen etwa 200 ausländische Söldner in der Zone der militärischen Sonderoperation ausgeschaltet worden seien. Außerdem seien 74 Panzer und 235 andere gepanzerte Fahrzeuge der ukrainischen Streitkräfte zerstört worden.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/article/6361044248fbef7bc475cb60.jpg>

Sergei Schoigu

15:20 (13:20) novorosinform.org: **Die Befestigungen der Streitkräfte der Ukraine in Newelskoje wurde erobert – Volksmiliz der DVR**

Die Volksmiliz der DVR meldete die Eroberung der Positionen ukrainischer Kämpfer in Newelskoje, einem Dorf im Bezirk Jasinowataja der Republik Donezk.

Die bewaffneten Formationen der Ukraine wurden während des Angriffs von Soldaten der 100. Garde-Brigade der Volksmiliz der DVR aus ihren Positionen in der Siedlung Newelskoje vertrieben, teilte der Telegram-Kanal des Volksmiliz mit.

Es wird darauf hingewiesen, dass das Militär während des Angriffs ukrainische Einheiten sowie eine große Anzahl von Waffen erbeutet hat, darunter auch solche, die vom Westen nach Kiew geliefert wurden.

Mitte Oktober befreite die russische Armee Opytnoje und Iwanograd in der DVR, der erfolgreicher Angriff wurde dank der engen Zusammenarbeit der Kämpfer der Republiken des Donbass und der russischen Armee geführt, die ersteren Feuerunterstützung leistete.



https://www.novorosinform.org/content/images/72/38/57238_720x405.jpg

13:24 de.rt.com: **Waffeninspektion durch US-Truppen: US-Soldaten sind in der Ukraine aktiv**

US-Medien melden unter Bezug auf eine anonyme Quelle im Verteidigungsministerium, dass US-Soldaten zur Waffeninspektion in der Ukraine seien.

Wie US-amerikanische Nachrichtenportale unter Bezugnahme auf eine anonyme Quelle berichten, sind Streitkräfte des US-Militärs in der Ukraine. Sie seien mit der Inspektion der vom Westen gelieferten Waffen beauftragt, wird ein hochrangiger Beamter des Verteidigungsministeriums zitiert.

Er könne nicht sagen, wo genau die US-Soldaten ihre Inspektionen durchführen, fügte aber hinzu, dass sie in sicherer Distanz zur Frontlinie ihre Aufgaben abarbeiten. Bisher hätte die ukrainische Seite bei der Waffeninspektion kooperiert, sagte der Beamte, der nach eigenen Angaben mit der Sache vertraut ist.

Die Inspektionen sind Teil einer umfassenderen Aktion, die das Außenministerium bereits letzte Woche angekündigt hat. Damit soll sichergestellt werden, dass westliche Waffen nicht in die Hände von russischen Streitkräften, auf den Schwarzmarkt oder in die Hände von Extremisten gelangen. Dem Beamten wurde Anonymität zugesichert.

Bisher hat US-Präsident Joe Biden eine direkte Beteiligung von US-Truppen an den Kämpfen in der Ukraine ausgeschlossen.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/article/63610a6f48fbef7c5a3a47c9.jpg>

Gemeinsame militärische Übung in Litauen

15:39 (13:39) [novorosinform.org](https://www.novorosinform.org): **Russische Luftangriffe auf die Ukraine vereitelten**

ukrainische Angriffe auf die LVR – Verteidigungsministerium

Russische Truppen hätten ukrainischen Kämpfern die Möglichkeit genommen, Angriffe auf die kritische Infrastruktur der LVR, sowie der Regionen Cherson und Charkow zu verüben, erklärte das russische Verteidigungsministerium.

Die Produktion von Unternehmen des militärisch-industriellen Komplexes der Ukraine sei unterbrochen worden, und der Transport ukrainischer Reserven in die Kampfgebiete auf der Schiene sei aufgrund der Angriffe der russischen Streitkräfte viel komplizierter geworden, sagte der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Igor Konaschenkow bei einem Briefing am Dienstag.

„Infolge eines massiven Angriffs am 31. Oktober mit präzisionsgelenkten luft- und seegestützten Langstreckenwaffen gegen Kontroll-, Kommunikations- und Energieeinrichtungen in der Ukraine wurde die Kontrolle der Streitkräfte der Ukraine und ihre logistische Unterstützung erheblich gestört“, sagte Konaschenkow.

In den vergangenen 24 Stunden habe die russische Armee drei Munitionsdepots auf dem Territorium der Ukraine vernichtet, zwei in Amerika hergestellte Radarstationen zerstört und einen Su-24-Bomber abgeschossen, schloss ein Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums.



https://www.novorosinform.org/content/images/72/42/57242_720x405.jpg

13:40 de.rt.com: Cherson: Behörden wollen noch mehr Menschen in Sicherheit bringen

Die Behörden in Cherson wollen zahlreiche Menschen vom linken Dnepr-Ufer in das Landesinnere und in andere Regionen Russlands in Sicherheit bringen. Insgesamt sollen rund 70.000 Menschen umgesiedelt werden.

Im Gebiet Cherson beginnt eine weitere Verlegung von Zivilisten. Insgesamt sollen 70.000 Menschen entlang eines 15 Kilometer langen Abschnitts am linken Dnepr-Ufer weiter in das Landesinnere und in andere russische Regionen umgesiedelt werden.

Die Behörden des Gebietes hätten eine schwierige Entscheidung getroffen, die Bewohner zu evakuieren, sagte Wladimir Saldo, der Interimsgouverneur der Region, im russischen Fernsehen. Als Grund nannte er mögliche Schäden am Damm des Wasserkraftwerks Kachowka, die zu Überschwemmungen des linken Ufers führen könnten.

Dem Lokalpolitiker zufolge soll die Verlegung es ermöglichen, in diesen Gebieten eine gestaffelte Verteidigung zu schaffen, um Angriffe der ukrainischen Streitkräfte abzuwehren. Kiew bereitet sich derzeit auf intensive Kampfhandlungen im Gebiet Cherson vor.

Alle Betroffenen erhalten laut Saldo ein Hilfsprogramm, das eine Zahlung von 100.000 Rubel (rund 1.600 Euro) und Zertifikate für den Kauf einer Wohnung in Russland beinhaltet.

In den vergangenen Tagen wurden nur Einwohner vom rechten Dnepr-Ufer in Sicherheit gebracht, wo sich die Stadt Cherson befindet. Rund 70.000 Menschen sollen dabei verlegt worden sein. Die Stadt zählte vor dem Krieg knapp 290.000 Einwohner.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/article/6360fc11b480cc1b6a2df4e2.jpg>

21. Oktober 2022: Evakuierte aus Cherson bei ihrer Ankunft am Bahnhof Dschankoi auf der Krim

13:41 de.rt.com: **Zwei Tote, Schäden an Gebäuden nach ukrainischem Beschuss – 24-Stunden-Bilanz der LVR**

Ukrainische bewaffnete Formierungen taten sich in den vergangenen 24 Stunden erneut mit Artillerieterror gegen Zivilisten hervor: Die Volksrepublik Lugansk verzeichnete vier Angriffe – auf Swatowo, Altschewsk, Perwomaisk und Kremennaja. Zum Einsatz kamen Raketenartillerie aus US-Herstellung vom Typ M142 HIMARS (5 Raketen) und Haubitzen im NATO-Kaliber 155 Millimeter (3 Granaten), meldet die Vertretung der LVR beim Gemeinsamen Zentrum für Kontrolle und Koordinierung (JCCC) des Waffenstillstandsregimes im Donezbecken. Das Ergebnis des Beschusses: In der Gemeinde Altschewsk kam ein 1956 geborener Zivilist ums Leben, das Gebäude des Hotels "Metallurg" wurde zerstört und sieben Wohnhäuser und ein Lebensmittelgeschäft beschädigt. Ein 1939 geborener Zivilist in der Siedlung Kremennaja wurde beim Beschuss getötet. Im Dorf Perwomaisk wurden ein Gebäude des Immobilienkomplexes des momentan konservierten Krankenhauses von Menschinsk und die Werkstätten des Berufskollegs von Perwomaisk zerstört. Fünf Wohngebäude wurden dort beschädigt. In Swatowo schließlich wurden zwei einstöckige Wohnhäuser, eine Hochspannungsleitung und eine Gasleitung beschädigt.

dan-news.info: **In der letzten Woche fanden zwei weitere Gefangenenaustausche zwischen der RF und der Ukraine statt.** Unter den Soldaten, die befreit werden konnten, sind neun Soldaten der Volksmiliz der DVR. Vier von ihnen sich am Wochenende nach Hause zurückgekehrt, fünf weitere sind heute in der Republik eingetroffen. Alle gehören zu den Mobilisierten. Die meisten sind Studenten“, teilte die Bevollmächtigte für Menschenrechte in der DVR Darja Morosowa mit.

Die befreiten Soldaten werden medizinisch untersucht und im Krankenhaus, wenn notwendig behandelt. Die Gefangenen wurden geschlagen und gefoltert.

„Seit Beginn der militärischen Spezialoperation gibt es zwischen der DVR und der Ukraine keinen direkten Dialog in der Frage des Gefangenenaustauschs. Die gesamte Kommunikation läuft über die RF. Wir unsererseits stellen Listen von Soldaten der Volksmiliz der DVR zusammen, die sich in ukrainischer Gefangenenschaft befinden. Und natürlich werden unsere Leute in die gemeinsamen Listen für den Austausch aufgenommen“, teilte Morosowa mit. Heute traf sich das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin mit aus ukrainischer Gefangenenschaft befreiten Soldaten der Volksmiliz der DVR. Das Treffen fand in Amwrowsiewka zusammen mit den Familien der Soldaten statt.

13:50 de.rt.com: **Russischer Botschaftsbeamter in Chişinău zur Persona non grata**

erklärt

Die Republik Moldau sieht in Russlands Angriffen auf die kritische Infrastruktur der Ukraine eine Gefahr für ihre Sicherheit, auch im Energiebereich. Daher wurde ein russischer Diplomat in Chişinău zur Persona non grata erklärt. Moskau kündigt Gegenmaßnahmen an.

Moldawien hat einen russischen Diplomaten zur Persona non grata erklärt. Dies [teilte](#) das moldauische Außenministerium auf seinem Telegram-Kanal mit. In dem Bericht heißt es, dass der Vertreter der russischen Botschaft nun "das Hoheitsgebiet der Republik Moldau verlassen muss".

Oleg Wasnezow, der russische Botschafter in Chişinău, wurde in dieser Angelegenheit in das moldauische Außenministerium einbestellt. Die moldauische Seite erklärte, dass die Raketenangriffe auf das Nachbarland die Sicherheitsrisiken erhöhten:

"Es wurde betont, dass Angriffe auf die ukrainische Energieinfrastruktur auch die Risiken für die Energiesicherheit unseres Landes erhöhen."

Daraufhin [erklärte](#) das russische Außenministerium gegenüber RIA Nowosti, dass die russische Seite auf die Entscheidung der Republik Moldau entsprechend reagieren werde. Zuvor hatte die russische Außenamtssprecherin Maria Sacharowa unterstrichen, Russland werde "antirussische Äußerungen moldauischer Beamter" nicht ignorieren.

Am 31. Oktober gab das russische Verteidigungsministerium Angriffe auf die ukrainische Militär- und Energieinfrastruktur bekannt. In der gesamten Ukraine wurde Luftalarm ausgelöst, wobei Explosionen in Kiew, Charkow und der Stadt Saporoschje gemeldet wurden. Kritische Infrastrukturen wurden in den Gebieten Tscherkassy und Kirowograd getroffen. In Kiew fielen in einigen Bezirken Strom und Wasser aus, und 80 Prozent der Stadt blieb ohne Wasserversorgung. In Charkow wurde die U-Bahn stillgelegt.

Eine der von den ukrainischen Luftabwehrkräften abgeschossenen Raketen soll auf moldauisches Gebiet gefallen sein. Nach Angaben des moldauischen Innenministeriums wurden Fragmente der Rakete im Norden des Dorfes Naslavcea an der Grenze zur Ukraine gefunden. In mehreren Häusern seien Fensterscheiben zu Bruch gegangen, aber niemand sei verletzt worden, hieß es weiter. Nach Angaben der ukrainischen Behörden sei heute Morgen ein Drohnenangriff auf das Dnestr-Wasserkraftwerk in der Nähe des Dorfes Naslavcea durchgeführt worden, so das moldauische Ministerium.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.10/article/63601d8d48fbef7d9d6f8a82.jpg>

Russische Botschaft in Moldawien

13:53 de.rt.com: **Energiekrise: US-Firma baut in Polen neues Atomkraftwerk**

Während Deutschland aus der Atomenergie aussteigen will, beginnt das Nachbarland Polen demnächst mit dem Bau seines ersten von zwei geplanten Atomkraftwerken. Den Zuschlag erhielt nun eine US-Firma. Nach Regierungsplänen sollen an den zwei Standorten je drei Reaktoren entstehen.

Die Kohlekraft ist derzeit der wichtigste Baustein des Energiesektors in Polen. Rund 70 Prozent seines Stroms produziert Polen derzeit mit Kohlekraftwerken. Deutschlands

Nachbarland gilt als der größte Förderer von Steinkohle in der EU. Laut Plänen der Regierung in Warschau soll 2049 damit jedoch Schluss sein und die letzte Zeche schließen. Um die Kohleverstromung als stabile Energiequelle insbesondere für die Industrie des Landes zu ersetzen, will das Land insgesamt zwei Atomkraftwerke errichten. Den Zuschlag für den Bau der ersten Anlage bekam nun das US-Unternehmen Westinghouse Electric Company.

Ministerpräsident Mateusz Morawiecki schrieb diesbezüglich am Freitagabend auf Twitter: "Das enge Bündnis Polens mit den USA garantiert den Erfolg der gemeinsamen Initiativen." In seinem Tweet betonte er, dass Warschau bei der Durchführung des Kernenergieprojekts auf die "bewährte und sichere Technologie" von Westinghouse Electric Company setze. Die Entscheidung sei nach Gesprächen mit US-Vizepräsidentin Kamala Harris und US-Energieministerin Jennifer Granholm gefallen, erklärte Morawiecki.

Nach [Berichten](#) polnischer Medien hatten sich auch Firmen aus Frankreich und Südkorea um den Auftrag beworben. Wie der Nachrichtensender TVN24 berichtete, muss die polnische Regierung noch ihre formelle Zustimmung für die Entscheidung erteilen, die aber nach der Ankündigung Morawieckis als sicher gilt. Der Ministerrat werde am kommenden Mittwoch einen entsprechenden Beschluss fassen.

Das erste Kernkraftwerk soll in der Ostseeregion Pommern gebaut werden. Das Geschäft mit der US-Firma betrifft laut Medienberichten zunächst den Bau eines von insgesamt drei geplanten Atomreaktoren. Der Bau soll Warschau zufolge im Jahr 2026 beginnen. Der erste Reaktor soll dann ab 2033 Strom liefern.

US-Energieministerin Granholm erklärte, dass sich die Baukosten für das Projekt auf 40 Milliarden US-Dollar belaufen. Der Bau des Atomreaktors werde laut der US-Politikerin nicht nur Arbeitsplätze schaffen, sondern sei zugleich eine Botschaft an Russland. So sagte Granholm mit Bezug auf die russische Seite:

"Wir werden nicht länger zulassen, dass sie Energie als Waffe einsetzen."

Der Westen werde die Energieversorgungsketten diversifizieren und die Zusammenarbeit beim Klimaschutz stärken. Laut polnischen Medienberichten wurde bereits im Oktober 2020 ein polnisch-amerikanisches Kooperationsabkommen auf dem Gebiet der zivilen Kernenergie geschlossen.

In Deutschlands Nachbarland sollen laut dem Bericht des Senders TVN24, der sich auf das polnische Atomprogramm bezieht, insgesamt sechs Reaktoren gebaut werden. Diese sollen demnach im Abstand von je zwei Jahren nacheinander in Betrieb genommen werden. Der strategische Partner für den Bau des zweiten Kraftwerks sei noch nicht bekannt, so der stellvertretende Ministerpräsident Jacek Sasin im Bericht des Fernsehsenders. Demnächst sollen Kooperationsgespräche in der südkoreanischen Hauptstadt Seoul stattfinden.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.10/article/635e3ec6b480cc21e8669518.jpg>

Polen will in den kommenden Jahren sein erstes AKW bauen. Derzeit ist die Kohlekraft die wichtigste Energiequelle im Land. Das im Bild gezeigte Braunkohlekraftwerk Bełchatów ist mit einer Leistung von 5.472 Megawatt das größte der Welt.

14:12 de.rt.com: **Russisches Verteidigungsministerium: Mehr als 290 ukrainische Soldaten binnen 24 Stunden getötet**

Der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Generalleutnant Igor Konaschenkow, hat sein tägliches Briefing zum Stand der russischen militärischen Sonderoperation in der Ukraine gegeben. Er sagte, dass infolge eines massiven russischen Angriffs am 31. Oktober durch präzisionsgelenkte Luft- und Seewaffen mit großer Reichweite auf die ukrainischen Führungs-, Kommunikations- und Energiesysteme die Führung und Kontrolle der Gruppen der ukrainischen Streitkräfte und ihre Logistik erheblich gestört worden seien. Auch der Transport von Reserven und Material auf dem Schienenweg in die Kampfgebiete sei erheblich behindert worden, ebenso sei die Produktion in den Unternehmen des ukrainischen militärisch-industriellen Komplexes gestört worden.

Darüber hinaus sagte Konaschenkow, dass der Feind Offensiven in den Richtungen Kupjansk, Krasny Liman und Nikolajew-Kriwoi Rog unternommen habe. Alle Angriffe seien abgewehrt worden. Infolge der gescheiterten Offensive hätten die ukrainischen Streitkräfte mindestens 290 Soldaten und Kämpfer, vier Panzer, 16 gepanzerte Kampffahrzeuge und 17 Kleinlastwagen verloren. Das russische Verteidigungsministerium fügte hinzu, dass drei Munitionsdepots und zwei von den USA gebaute Radarstationen für die Batterieabwehr zerstört worden seien.

Russische Kampfflugzeuge hätten ein Su-24-Flugzeug der ukrainischen Luftwaffe abgeschossen, während die russische Luftabwehr neun unbemannte Luftfahrzeuge, eine ballistische Rakete vom Typ Totschka-U sowie sechs Geschosse des Mehrfachraketenwerfersystems Olcha zerstört hätten.

Konaschenkow fasste zusammen, dass seit Beginn der russischen speziellen Militäroperation insgesamt 329 Flugzeuge, 167 Hubschrauber, 2.402 unbemannte Luftfahrzeuge, 384 Boden-Luft-Raketensysteme, 6.233 Panzer und andere gepanzerte Kampffahrzeuge, 881 Fahrzeuge mit Mehrfachraketenwerfern, 3.544 Feldartillerie- und Mörsergeschütze und 6.937 militärische Spezialfahrzeuge der ukrainischen Streitkräfte zerstört worden seien.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/article/63610b64b480cc2401578a48.jpg>

14:15 de.rt.com: **Mutmaßlicher Ölschmuggel: Iran bringt Tanker mit elf Millionen Liter Brennstoff auf**

Iranische Behörden haben im Persischen Golf einen ausländischen Öltanker festgesetzt. Der Verdacht lautet auf Schmuggel. Laut Medien befinden sich an Bord elf Millionen Liter Brennstoff. Das ist nicht das erste Mal, dass Teheran ausländische Schiffe beschlagnahmt. Die Marine der iranischen Revolutionsgarden hat am Montag im Persischen Golf einen ausländischen [Öltanker](#) beschlagnahmt, mit dem man versucht haben soll, elf Millionen Liter Brennstoff zu schmuggeln. Mojtaba Ghahreman, Leiter der Justizbehörde der Provinz, sagte

der Agentur [IRNA](#), das Schiff sei nach einer einmonatigen technischen und nachrichtendienstlichen Untersuchung festgesetzt worden. Der Kapitän und die Besatzung seien festgenommen worden. Weitere Einzelheiten blieben zunächst ungewiss. Es ist nicht das erste Mal, dass iranische Behörden einen ausländischen Tanker wegen mutmaßlichen Ölschmuggels aufhalten. Teheran geht regelmäßig dagegen zu Land und zu Wasser vor. Somit will das Land Brennstofflieferungen in andere Länder verhindern. Iran ist eines der Länder mit den weltweit niedrigsten Brennstoffpreisen. Erst im August haben iranische Behörden vor der Insel Qeschm im Persischen Golf ein Schiff mit 277.000 Litern Brennstoff an Bord beschlagnahmt. Dabei soll es sich ebenfalls um einen versuchten Schmuggel gehandelt haben. Den Behörden zufolge sei die Ladung für einen Golfstaat bestimmt gewesen.



<https://img9.irna.ir/d/r2/2022/10/31/4/169981700.jpg?ts=1667207272004>

14:19 de.rt.com: **Selenskij: Kiew und Prag unterzeichnen Erklärung über euro-atlantische Perspektive der Ukraine**

Wladimir Selenskij hat bekannt gegeben, er habe mit dem tschechischen Premierminister Petr Fiala eine gemeinsame Erklärung über die Euro-atlantische Perspektive der Ukraine unterzeichnet. Dies soll die Integration des Landes in das Bündnis beschleunigen.

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij hat nach der Zusammenkunft mit dem tschechischen Premierminister Petr Fiala am 31. Oktober in Kiew erklärt, dass im Rahmen des Treffens "einige wichtige Dokumente" unterzeichnet worden seien. Insbesondere hob der ukrainische Staatschef eine gemeinsame Erklärung zur NATO-Mitgliedschaft hervor.

Wörtlich hieß es:

"Dies ist das erste Dokument dieser Art, das wir verabschieden, um unsere Euro-atlantische Integration zu beschleunigen. Wir haben mit dieser Erklärung festgesetzt, dass wir die Zusammenarbeit zur Sicherung der NATO-Standards in der Ukraine intensivieren werden."

Ferner unterstrich der ukrainische Präsident, Kiew werde sich bemühen, solche Erklärungen auch mit anderen Ländern zu verabschieden. Überdies hätten Selenskij und Fiala die Beteiligung Prags an der Ausbildung der ukrainischen Streitkräfte sowie am Bau und der Reparatur von militärischem Gerät erörtert:

"Wir haben die Beteiligung der Tschechischen Republik an der Ausbildung unseres Militärs und an Projekten für den Bau und die Reparatur von militärischem Gerät besprochen."

Selenskij behauptet, dies sei nicht nur für Kiew, sondern auch für Prag von Vorteil, da dieses Programm der Tschechischen Republik neue Arbeitsplätze und technologische Möglichkeiten bieten werde. Beim Treffen sei die Zusammenarbeit im militärischen Bereich besprochen worden, die intensiviert werden solle, hieß es weiter:

"Gesondert haben wir über die Stärkung der Luft- und Raketenabwehr und des

Drohenschutz diskutiert."

Zuvor hatte Selenskij verkündet, dass die Ukraine einen beschleunigten Antrag auf NATO-Mitgliedschaft gestellt habe. Der Pressesprecher des russischen Präsidenten Dmitri Peskow reagierte darauf mit den Worten, der Kreml habe den Antrag Selenskij auf Beitritt zur NATO in der Ukraine sowie die verschiedenen Reaktionen darauf zur Kenntnis genommen. Moskau beobachte die Situation genau und erinnere daran, dass die Ausrichtung Kiews auf das Bündnis einer der Gründe gewesen sei, warum Russland die Spezialoperation in der Ukraine eingeleitet habe, unterstrich der Kreml-Sprecher.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.10/article/636034e2b480cc319504302a.jpg>

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij (rechts) und der tschechische Premierminister Petr Fiala (links) demonstrieren unterzeichnete Dokumente bei der gemeinsamen Pressekonferenz in Kiew am 31. Oktober

14:43 de.rt.com: **Nach russischen Angriffen auf Infrastruktur: Stromabschaltungen und weitere Sparmaßnahmen in der Ukraine**

Der ukrainische staatliche Netzbetreiber "Ukrenergo" verhängt nach den russischen Raketen- und Drohnenangriffen auf das Energieversorgungssystem Einschränkungen auf den Stromverbrauch in mehreren Gebieten des Landes, darunter sind die Hauptstadt Kiew sowie die Gebiete Kiew, Tschernigow, Tscherkassy, Schitomir, Sumy, Charkow und Poltawa.

So wird ab dem 1. November in Tscherkassy-Stadt "ein Zeitplan für stündliche Stromabschaltungen" eingeführt, um Strom zu sparen, teilte der Bürgermeister der Gebietshauptstadt Anatoli Bondarenko am Dienstag auf Facebook mit. Auch der Betrieb der öffentlichen elektrischen Verkehrsmittel werde vollständig eingestellt:

"Wir haben heute eine erweiterte Sitzung zu Fragen der Stromversorgung abgehalten. <...> Beschlossen wurde, den Betrieb elektrischer Verkehrsmittel einzustellen – weil sie viel Strom benötigen, den wir jetzt aber nicht für diesen Zweck verwenden können. Alle Strecken werden mit Kleinbussen und Bussen bedient."

15:15 de.rt.com: **Ukrainisches Außenministerium fordert Ausschluss Russlands aus G20**

Das Außenministerium in Kiew hat erneut einen Ausschluss Russlands aus der G20 gefordert. Der russische Präsident Wladimir Putin müsse vom Gipfeltreffen großer Industrie- und Schwellenländer Mitte November auf Bali in Indonesien ausgeladen werden. Das sagte der Sprecher des Außenministeriums, Oleg Nikolenko, am Dienstag auf Twitter. Er sprach weiter: "Putins Einladung zum Bali-Gipfel muss widerrufen und Russland aus der G20 ausgeschlossen werden."

Auch der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij fordert den Ausschluss Russlands aus der G20.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/original/63612077b480cc762a01a273.jpg>

Logo des G20-Gipfels

15:32 de.rt.com: **Sacharowa reagiert auf Behauptung Truss habe nach Nord-Stream-Anschlag Nachricht an Blinken gesendet**

Der Internetunternehmer Kim Dotcom behauptete, dass die ehemalige britische Premierministerin Liz Truss kurz nach den Anschlägen auf die Nord-Stream-Pipelines eine Nachricht an US-Außenminister Antony Blinken gesendet haben soll. Nun reagiert Moskau darauf.

"It's done", auf Deutsch: "Es ist erledigt", soll die ehemalige britische Premierministerin Liz Truss nur eine Minute nach den Anschlägen auf die Nord-Stream-Pipelines an US-Außenminister Antony Blinken geschrieben haben. Das behauptet der Internetunternehmer Kim Dotcom in einem Tweet von Sonntag.

Dotcom schrieb auf [Twitter](#):

"Woher wissen die Russen, dass das Vereinigte Königreich in Zusammenarbeit mit den USA die North-Stream-Pipelines gesprengt hat? Weil @trussliz ihr iPhone benutzt hat, um eine Nachricht zu senden an @SecBlinken eine Minute nach der Sprengung der Pipeline und bevor irgendjemand anderes davon wusste, eine Nachricht mit dem Inhalt 'Es ist erledigt'. iCloud-Admin-Zugang rockt!"

Er fügte [hinzu](#):

"Nicht nur die Five Eyes haben durch eine Hintertür Zugang zu allen Datenbanken der Big Tech. Auch Russland und China haben ausgeklügelte Cyber-Einheiten. Das Komische daran ist, dass Regierungsbeamte mit höchster Sicherheitsfreigabe immer noch lieber iPhones als ihre von NSA und GCHQ ausgegebenen verschlüsselten Scheißtelefone benutzen."

Moskau hatte vor wenigen Tagen die britische Kriegsmarine für die Anschläge von am 26. September verantwortlich gemacht. Die Pressesprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa reagierte auf die Tweets von Dotcom und schrieb auf Telegram:

"Mich interessiert die Antwort Londons auf folgende Frage: Hat die britische Premierministerin Liz Truss unmittelbar nach der Sprengung der Nord-Stream-Pipelines eine Nachricht an US-Außenminister Antony Blinken mit den Worten 'It's done' geschickt?"

Auf die Antwort Londons warten "Millionen von Menschen auf der ganzen Welt", so Sacharowa. Am 29. Oktober hatte die britische Zeitung Daily Mail berichtet, dass Truss' privates Telefon im Sommer gehackt worden sei. Was die Inhalte des Telefons betrifft, war bis jetzt nichts bekannt. Auch Dotcom versah seinen Tweet mit keinem Beleg für seine Behauptungen.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/article/63611f8448fbef7c5a3a47ea.jpg>

Die ehemalige britische Premierministerin Liz Truss nach ihrer letzten Rede vor der Downing Street 10 im Zentrum Londons am 25. Oktober 2022

15:48 de.rt.com: **Städte der DVR erneut unter ukrainischem Beschuss**

Das ukrainische Militär hat den nördlichen Teil der Stadt Donezk erneut unter Beschuss genommen. Die Vertretung der DVR beim Gemeinsamen Zentrum für Kontrolle und Koordination [meldete](#) diesbezüglich über Telegram:

"Vier Geschosse des Kalibers 155 Millimeter wurden abgefeuert."

Weitere drei Geschosse des gleichen NATO-Kalibers 155 Millimeter wurden auf die Stadt Jassinowataja abgefeuert, so die Meldung weiter.

Zuvor hatten ukrainische Truppen seit dem Morgen des heutigen Dienstags Donezk siebenmal unter Feuer genommen.

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 1.11.2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs durch.

In Jalta wurde ein neues Kommunikationsobjekt in Betrieb genommen. In Mariupol, Wolodarskoje und Wolnowacha gehen die Arbeiten zum Anschluss von Verbrauchern an das Telekommunikationsnetz weiter.

1570 Menschen wandten sich an Einrichtungen des Gesundheitswesens.

Zivilschutzkräfte haben 20 Hektar Gelände und 3.500 Quadratmeter Gebäude untersucht und 1163 explosive Objekte entdeckt. Einwohner des Bezirks Wolnowacha haben

Lebensmittelpakete, Hygienepakete und Kinderpakete erhalten.

Die bewaffneten Formationen der Ukraine beschießen weiter Objekte der Stromversorgung der Donezker Volksrepublik. In der Folge von Angriffe haben Industriebetriebe, soziale Objekte und Haushaltsverbraucher keinen Strom.

Die ukrainischen Kämpfer beschießen zielgerichtet Energieinfrastruktur, um im Donbass eine humanitäre Katastrophe zu schaffen. Auch in den Ortschaften, die im Verlauf der militärischen Spezialoperation befreit wurden, hat der Gegner dem Stromversorgungssystem enormen Schaden zugefügt.

Dennoch unternehmen die Energietechniker der Donezker Volksrepublik alle notwendigen Maßnahmen, um rechtzeitig Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an den Stromnetzen und Umspannwerken vorzunehmen.

Das Innenministerium und die Militärkommandantur der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

16:13 de.rt.com: **Inflation: Niederlande bei fast 17 Prozent, Baltikum EU-Spitze mit 22 Prozent**

Auch im Oktober bleibt die Inflation in den Niederlanden auf einem hohen Niveau - 16,8 Prozent. Zwar dürfte sie damit niedriger ausfallen als im Monat zuvor, doch höher als erwartet. Die Niederlande sind aber in der Eurozone nicht das Land mit der höchsten Teuerungsrate.

Die Inflation in den Niederlanden ist wegen der stark gestiegenen Gas- und Energiepreise schon seit einiger Zeit sehr hoch. Nach Angaben des niederländischen Statistikinstituts CBS hatte sie im September mit 17,1 Prozent den bisherigen Rekordwert für dieses Jahr erreicht. Im Oktober dürfte die Teuerungsrate mit 16,8 Prozent leicht geringer ausfallen als noch im Monat zuvor, ist aber dennoch über den Erwartungen.

Vor allem die rasant steigenden Energie- und Lebensmittelpreise seien laut der Statistikbehörde für die hohe Inflation verantwortlich. Die CBS-Zahlen, die auf der harmonisierten europäischen Messmethode beruhen, beinhalten Wohnkosten wie Mieten und berechnen die Energiepreise auf der Grundlage neuer Verträge.

Zuvor hatten einige Medien berichtet, dass etwa 20 Bäckerbetriebe in den Niederlanden aufgrund der explodierenden Inflation und der Energieknappheit schließen mussten. Die Kosten für Bäckereien sind in dem Land um 80 Prozent gestiegen.

Wie aus den vorläufigen [Daten des EU-Statistikamtes Eurostat](#) hervorgeht, die am Montag veröffentlicht worden waren, klettert die Teuerungsrate in der Eurozone im Oktober auf 10,7 Prozent. Damit erreicht sie einen neuen Höchstwert. Im September betrug die Inflation noch 9,9 Prozent. Besonders die Energiepreise hätten zugelegt – im Oktober um 41,9 Prozent. Auch Lebensmittel wurden teurer – um 13,1 Prozent.

Die Niederlande haben jedoch derzeit mit fast 17 Prozent nicht die höchste jährliche Inflationsrate in der Eurozone. Mit jeweils rund 22 Prozent sind die drei baltischen Staaten Estland, Litauen und Lettland die Spitzenreiter. In Deutschland dürfte die Teuerungsrate im Oktober laut der ersten Schätzung des Statistischen Bundesamts bei 10,4 Prozent liegen.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/article/63612746b480cc762a01a282.jpg>

Menschen in einer Bäckerei im Ort Katwijk: Wegen der gestiegenen Energiepreise kämpfen derzeit in den Niederlanden zahlreiche Bäckereien ums Überleben.

16:20 de.rt.com: **Ukrainisches Militär beschießt Dorf im Gebiet Belgorod**

Das Dorf Kosinka im Kreis Graiworon des russischen Gebiets Belgorod wurde von ukrainischen Truppen beschossen. Dies gab der Gouverneur des Gebiets Wjatscheslaw Gladkow auf seinem offiziellen Telegramkanal [bekannt](#). Er veröffentlichte Bilder des nach dem Beschuss entstandenen Brandes und schrieb:

"Nach dem Treffen der Geschosse brennt die Kantine eines Farmunternehmens. Außerdem

wurden einige Lagerhallen und ein Pkw beschädigt. Nach vorläufigen Angaben gibt es einen Verwundeten. Es ist eine leichte Verletzung. Der junge Mann erhielt bereits jede notwendige medizinische Hilfe."



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/ImA2kKQOza8SKHBRHiLJ_Az2cVJjXk6yOPIs7waw_32ApH-PJiTQfHjjvdr_o32r4O0zaSKYAiNPskTPFamv4lM5Bcx-skNom4Fgglg_jtr0vxwnoq02_6dCkPpuQSv8leCmGdPaFciv4uvCaVN5nhkflgsLiHCeNxoFmIFoj2RLO1ih1WB62ybGDRCF4qJ8cg_bokEPI50flt8aDNKz6AEclMFpvJEmerd-IN5FTO02n15klYTzl8be-5lfOdrzDXe9xYRrBXclBohIwrvazvg-GUSGSilnQW4SEHSOfVMdVEHyYTJR5DzDMzYR80Ia7pGf9mp1jtXHvW0ul-3DLg.jpg

16:44 de.rt.com: **Putin und Erdoğan: Getreidetransporte durchs Schwarze Meer besprochen**

Der Präsident Russlands Wladimir Putin hat ein Telefongespräch mit dem Präsidenten der Türkei Recep Tayyip Erdoğan geführt. Dies teilte die russische Nachrichtenagentur RIA Nowosti am Dienstag unter Berufung auf das Büro des türkischen Staatschefs mit. Unter anderem haben die Politiker das Getreideabkommen besprochen. Der türkische Präsident betonte, dass sein Land die Initiativen zur Lösung der Probleme im Zusammenhang mit dem Getreideexport weiter vorantreiben werde. Er zeigte sich auch zuversichtlich, dass ein Kompromiss in dieser Frage erreicht werden kann. Der Kreml hat noch keine Informationen zu dem Gespräch herausgegeben.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/original/6361387548fbef29932d69f3.jpg>
Recep Tayyip Erdoğan und Wladimir Putin

17:18 de.rt.com: **Russlands Verteidigungsministerium: Kiew versucht weiter, Provokationen im AKW Saporoschje zu schaffen**

Das russische Verteidigungsministerium [berichtete](#) am Dienstag über die Lage um das AKW Saporoschje. Das Kiewer Regime setze seine Provokationen fort und schaffe damit die Gefahr einer von Menschen verursachten Katastrophe in der Anlage.

In den vergangenen 24 Stunden soll die Artillerie der ukrainischen Streitkräfte mehr als zwanzig Geschosse auf die Stadt Energodar und die Umgebung des AKW Saporoschje abgefeuert haben. Der Beschuss sei aus der von den ukrainischen Streitkräften kontrollierten Stadt Marganez, Gebiet Dnepropetrowsk, gekommen. Der Feind sei durch Vergeltungsfeuer russischer Artillerieeinheiten unterdrückt worden. Die Strahlungslage in der Umgebung des AKW sei weiterhin normal.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/original/63612d1048fbef7da17db32a.jpg>
AKW Saporoschje

17:26 de.rt.com: **Vor Kanzlerbesuch: China lädt deutsche Firmen zu Investitionen ein**

Die chinesische Global Times widmet gleich zwei Beiträge dem bevorstehenden Besuch des Bundeskanzlers. Während deutsche Medien vor jedem weiteren Investment in China warnen, lädt die chinesische Zeitung Deutschland zur Zusammenarbeit ein.

Die chinesische Zeitung Global Times widmet gleich zwei Beiträge dem bevorstehenden Besuch von Bundeskanzler Olaf Scholz in China. Scholz besucht in dieser Woche die

Volksrepublik und wird von einer Delegation der deutschen Wirtschaft begleitet. Während deutsche Medien vor allem warnende Töne an Scholz richten, Deutschland in einer Systemrivalität zu China sehen und ein Decoupling von China fordern, lobt das chinesische Medium den Pragmatismus der deutschen Wirtschaft.

Das Engagement werde belohnt, schreibt die Zeitung. Dabei wird deutlich, wie aufmerksam Deutschland beobachtet wird. Dass die Koalition in der Frage zu China gespalten ist, ist den Autoren des Artikels nicht [entgangen](#). Sie schreiben:

"In Deutschland gibt es unterschiedliche Haltungen gegenüber Scholz' Besuch, den Beobachter auf Diskrepanzen zwischen Wirtschaft und Politik sowie Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Regierungskoalition zurückführten."

Auch dass die deutsche Wirtschaft wegen Investitionen in China bei Politik und Medien in der Kritik steht, ist in China bekannt. Was die chinesische Berichterstattung jedoch von der deutschen in grundlegender Weise unterscheidet, ist die klare Sicht auf die dauerhafte Schwächung der europäischen und deutschen Wirtschaft durch das Sanktionsregime der EU. So schreibt die [Global Times](#):

"Es ist angesichts der sich verschärfenden Energiekrise in Europa für deutsche Unternehmen notwendig, ihre Marktchancen durch den Ausbau ihrer China-Geschäfte zu erhöhen. Der Pragmatismus deutscher Unternehmen wird vom chinesischen Markt belohnt."

Die Zeitung schreibt weiter, es gebe gute Gründe für das Vertrauen in die chinesische Wirtschaft. Diese gründen auf der einen Seite im beständigen Wachstum und der Erholung der chinesischen Wirtschaft nach der Corona-Krise.

Während die Global Times eine offene Einladung an Deutschland ausspricht, warnt beispielsweise das Handelsblatt vor einer wachsenden Beeinflussung der Betriebe durch die Kommunistische Partei. Dabei ist das Phänomen, das das Handelsblatt hier als Bedrohung für die deutsche Industrie in China beschreibt, ein altes. Es sind Strukturen, die am meisten den deutschen Betriebsräten ähneln, die das Handelsblatt als Gefahr ausmacht. Allerdings soll es selbst in Deutschland Firmen geben, die trotz einer Interessenvertretung der Arbeitnehmer nicht nur am Markt bestehen, sondern sich sogar prächtig entwickeln konnten.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/article/6360e777b480cc29982d7616.jpg>

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) wird diese Woche in China erwartet. Er wird von einer Delegation der deutschen Wirtschaft begleitet.

19:51 (17:51) deu.belta.by: **KGB-Chef Tertel: Es werden Voraussetzungen für einen großen globalen Konflikt geschaffen**

Die gesellschaftspolitische Situation in Belarus ist im Moment stabil, sagte der Vorsitzende des Komitees für Staatssicherheit (KGB) Iwan Tertel bei einem Treffen mit den Vertretern der Arbeitskollektive der Stadt Mogiljow.

„Im Moment ist die gesellschaftspolitische Lage in Belarus stabil. Die vom Staat ergriffenen Maßnahmen ermöglichen es, die Situation unter Kontrolle zu halten und für Ordnung und Sicherheit im Land zu sorgen. So paradox es auch erscheinen mag, aber wir stellen fest, dass

die Bedrohung heute hauptsächlich von Litauen, Lettland, Polen und der Ukraine kommt. Jene Personen, die aus Belarus geflüchtet sind und sich heute in den Nachbarstaaten aufhalten, sehen keine Möglichkeit für friedliche Veränderungen und arbeiten intensiv am Szenario einer gewaltsamen Änderung der Verfassungsordnung in Belarus“, sagte er. Die heutige Weltlage, so Tertel, erinnere ein wenig an die Zeiten vor dem Ersten und Zweiten Weltkrieg. „Nach Einschätzungen aus verschiedenen Quellen werden heutzutage Voraussetzungen für einen ernsthaften globalen Konflikt geschaffen. Das erste Merkmal ist die Bildung von Koalitionen auf globaler Ebene, was wir gerade beobachten. Auf der einen Seite steht der kollektive Westen, der seit langem eine Koalition eingegangen ist und versucht, diese zu erweitern. Andererseits bilden die Länder, die mit dieser Politik der Weltherrschaft nicht einverstanden sind, ihre eigene Koalition. In erster Linie China, Russland, Iran und einige andere Länder.“

Wenn sich die Situation jetzt nicht verbessert, wird die Schärfe der Beziehungen nur noch zunehmen, und die Folgen können unvorhersehbar sein. „Das einzig Positive ist: Als Geheimdienst wissen wir genau, dass die USA alle Folgen eines nuklearen Schlagabtauschs mathematisch berechnet haben und zu dem Schluss gekommen sind, dass dies eine Katastrophe für die gesamte Menschheit wäre. An diesem Punkt hätte eine solche Situation jedoch vermieden werden müssen. Wir wissen aber auch aus anderen Dokumenten, dass ein nuklearer Angriff auch auf unser Territorium geplant wird“, sagte er. „Es gibt konkrete Pläne für Militärkontingente, die in unser Gebiet aus Polen einmarschieren sollen. Wir wissen, dass die 101. US-Luftlandedivision bereits teilweise auf dem Gebiet unseres Nachbarlandes stationiert ist“.

Nach Ansicht des KGB-Chefs war die Situation jedoch vorhersehbar. „Schon vor 10-15 Jahren sagten Geostrategen, dass sich die Situation in der Welt auf diese Weise entwickeln würde. Wir waren uns dessen auch bewusst, deshalb schlugen wir eine Reihe von Friedensinitiativen vor, um eine Eskalation zu vermeiden. Leider wurden unsere Initiativen nicht unterstützt.“

Bereits 2013-2014 war Belarus laut Iwan Tertel bereit, sich aktiv an der Stabilisierung der Lage im Südosten der Ukraine zu beteiligen. „Leider hat der Westen diese Idee verworfen, und wir sehen, wozu das geführt hat. Aber es ist uns auch bekannt, warum der Westen das getan hat. Er hatte konkrete Pläne in Bezug auf Russland, Belarus, die Ukraine und den postsowjetischen Raum. Heute setzt er seine Politik um. Daher sollte die Situation in Belarus seit 2020 in diesem Kontext betrachtet und bewertet werden. Wir haben es mit dem Versuch zu tun, unsere Region und die gesamte Weltordnung geopolitisch neu aufzuteilen.“

In der belarussischen Geschichte markiert das Jahr 2020 einen Wendepunkt. „Im Jahr 2020 gab es einen versuchten Staatsstreich und Massenunruhen. Es war kein Zufall, es war geplant. Fehlversuch. Der nächste Schritt waren die Sanktionen. Der Sanktionsdruck hat uns schwer getroffen. Die staatliche Verwaltung und Staatsunternehmen waren gezwungen, ihre Arbeit neu zu strukturieren: Verkauf, Einkauf, Zahlungen. Nicht alles ist einfach, aber wir überleben langsam und orientieren uns neu. Und inmitten all dieser Ereignisse ist es, wie unser Präsident zu Recht betonte, für einige eine Krise, für andere eine Chance, stärker zu werden und zu überleben. Diese Geschichte ist unsere Geschichte: wir werden nur stärker werden und werden es überleben“, resümierte er.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000022_1667321589_62594_big.jpg

17:52 de.rt.com: **Donezk: Jugendlicher tritt auf Schmetterlingsmine**

Ein Jugendlicher in Donezk ist auf eine Landmine vom Typ PFM-1, die so genannte "Schmetterlingsmine" getreten. Dies berichtete der Stab für Territorialverteidigung der Donezker Volksrepublik. Die Behörde meldete über Telegram: "Auf der Delegatskaja-Straße wurde ein Jugendlicher des Jahrgangs 2008 durch eine von ukrainischen Militärs abgeworfene verbotene Antiinfanteriemine PFM-1 'Lepestok' verwundet."

Die etwa zwölf Zentimeter langen Antipersonenminen PFM-1 detonieren beim Auftritt auf sie und können Gliedmaßen schwer verletzen oder gänzlich abreißen. Sie sind nach dem auch von der Ukraine unterzeichneten Ottawa-Abkommen verboten, wurden von Kiewer Truppen dennoch in großen Mengen über Wohngebiete von Donezk verstreut.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/original/63613385b480cc717a56665f.jpg>

PFM-1-Minen und ein improvisiertes Warschild auf einer Donezker Straße

abends:

20:19 (18:19) novorosinform.org: **Sacharowa lud Baerbock ein, im Urlaub Geschichte und Geografie zu studieren**

Die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock sollte nach ihren Worten über Russland

und China einen Atlas und ein Geschichtslehrbuch kaufen, schrieb die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, auf ihrem Telegram-Kanal. Sacharowa riet Baerbock, in den Urlaub zu fahren, um sich zu entspannen und ihr Wissen über Geschichte und Geographie "aufzubauen". Damit reagierte die Sprecherin des russischen Außenministeriums auf den Aufruf ihrer deutschen Kollegin bei deren Besuch in Zentralasien, eine Stärkung der Positionen Russlands und Chinas in dieser Region zu verhindern. "Wovon spricht sie? Anja/Lena, kaufen Sie sich eine Landkarte, ein Geschichtsbuch und machen Sie einen Urlaub, um sich mit den wichtigsten Punkten der Geopolitik vertraut zu machen", bemerkte Sacharowa ironisch gegenüber Baerbock. Die Chefin des Auswärtigen Amtes hatte eine Arbeitsreise in die Länder Zentralasiens unternommen, bei der sie am Montag Kasachstan und am Dienstag Usbekistan besuchte.



https://novorosinform.org/content/images/72/71/57271_720x405.jpg

18:25 de.rt.com: **Telefongespräch zwischen dem Verteidigungsministerium Russlands und der Türkei**

Der russische Verteidigungsminister, Armeegeneral Sergei Schoigu, hat am Dienstag auf Initiative der türkischen Seite ein Telefongespräch mit dem türkischen Verteidigungsminister Hulusi Akar geführt. Das Thema des Gesprächs soll die Aussetzung des Getreideabkommens durch Russland gewesen sein. Dies [teilte](#) das Verteidigungsministerium Russlands auf Telegram mit.

20:40 (18:40) novorosinform.org: **Vučić befahl, feindliche Drohnen über Zentralserbien abzuschießen**

Feindliche Drohnen spionierten illegal die Stützpunkte der serbischen Armee aus, weshalb der Präsident der Republik, Alexander Vučić, befahl, sie sofort zu zerstören, so die Lokalzeitung Wetschernije Nowosti.

Die Publikation berichtete, dass Vucic den Truppen befohlen habe, nicht identifizierte Drohnen sofort zu zerstören, da sie als legitimes militärisches Ziel zu betrachten seien, sobald sie am Himmel über Serbien auftauchten. Laut der Veröffentlichung wurde der entsprechende Befehl erteilt, nachdem UAVs am Himmel in der Nähe der Stadt Raska gesichtet wurden, die sich in der Nähe der Verwaltungslinie mit Kosovo und Metohija befindet.

Laut der Zeitung stiegen serbische MiG-29 in die Luft, um Objekte zu eskortieren und zu zerstören, die Armeestützpunkte überwachten, woraufhin die Drohnen den Luftraum von Zentralserbien verließen.

Nach diesem Vorfall wurden die Militärgarnisonen in der Stadt Raska von Verteidigungsminister Milos Vucevic und Generalstabschef Milan Moysilovic inspiziert, „um

sicherzustellen, dass das serbische Militär jede Aufgabe und jeden Befehl des Oberbefehlshabers des Landes erfüllt“, berichtete des Verteidigungsministerium.



https://novorosinform.org/content/images/72/73/57273_720x405.jpg

20:46 (18:46) novorosinform.org: **Die UN-Vollversammlung hat die russische Resolution zur Untersuchung des Einsatzes von Chemiewaffen abgelehnt**

Die Resolution Russlands über die Notwendigkeit, den Prozess zur Untersuchung des Einsatzes biologischer und chemischer Waffen zu modernisieren, wurde von der UN-Generalversammlung nicht gebilligt.

Der Erste Ausschuss der Generalversammlung der Vereinten Nationen weigerte sich, den Resolutionsentwurf der Russischen Föderation mit einem Vorschlag zur Aktualisierung des Mechanismus des UN-Generalsekretärs zur Untersuchung von Fällen des möglichen Einsatzes chemischer und biologischer Waffen zu unterstützen. Das berichtet RIA Novosti. 30 Staaten stimmten für die Resolution, 65 dagegen, 77 enthielten sich der Stimme.

Mitunterstützer der Resolution sind u.a. Belarus, Venezuela, China und Nicaragua.

Zuvor sagte der stellvertretende Leiter der russischen Delegation bei den Vereinten Nationen, Konstantin Woronzow, dass dieser Resolutionsentwurf darauf abziele, die effektive Nutzung des Mechanismus als Instrument im Bereich der internationalen chemischen und biologischen Sicherheit zu gewährleisten.



https://novorosinform.org/content/images/72/74/57274_720x405.jpg

18:52 de.rt.com: **Frankreich plant internationale Hilfskonferenz für die Ukraine**
Frankreich plant eine internationale Hilfskonferenz für die Ukraine, die die zivile

Widerstandsfähigkeit des Landes während des Winters stärken soll. Darauf hätten sich Staatschef Emmanuel Macron und der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij am Dienstag in einem Telefonat verständigt, teilte der Élyséepalast mit. Macron schrieb auf seinem Twitter-Account.

"Die Strom- und Wasserversorgungsinfrastruktur der Ukraine wurde durch die russischen Angriffe erheblich beschädigt."

"Wir müssen noch vor dem Winter handeln. Wir werden die internationale Gemeinschaft und den Privatsektor rasch mobilisieren."

Frankreich werde der Ukraine dabei helfen, dem kommenden Winter zu trotzen. Die Vorbereitungen zu der Pariser Konferenz am 13. Dezember mit den anderen Partnern der Ukraine sollen in Kürze beginnen, hieß es aus dem Élyséepalast.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/original/6361403b48fbef7bc475cbb7.jpg>

Wladimir Selenskij und Emmanuel Macron am 26. Juni 2022 in Kiew

19:21 de.rt.com: **Putin an Erdoğan: Kiew nutzt den Schutzkorridor im Schwarzen Meer für militärische Zwecke**

Wladimir Putin hat am Dienstag Recep Tayyip Erdoğan über die Gründe für die Aussetzung des Getreideabkommens durch Russland informiert. Putin betonte, dass das Kiewer Regime mit Unterstützung westlicher Länder den für den Transport ukrainischer Getreide eingerichteten Schutzkorridor genutzt habe, um Angriffe auf die russische Infrastruktur und die Schwarzmeerflotte durchzuführen. Diese Flotte war mit der Bewachung von Getreidetransporten durch das Schwarze Meer befasst. Es sei deshalb notwendig, diesen Vorfall eingehend zu untersuchen. Außerdem soll Kiew Garantien für die Einhaltung des Abkommen geben, insbesondere für die Nichtnutzung des humanitären Korridors zu militärischen Zwecken. Erst danach könne eine Wiederaufnahme der Getreidetransporte besprochen werden.

Putin unterstrich zudem, dass nicht alle Vereinbarungen eingehalten worden seien. So seien unter anderem die russischen Ausfuhren von landwirtschaftlichen Produkten sowie Düngemitteln nicht freigegeben worden. Russland sei jedoch bereit, große Mengen an Getreide und Düngemitteln kostenlos nach Afrika zu exportieren. Es wurde vereinbart, regelmäßige bilaterale Kontakte auf verschiedenen Ebenen zu pflegen.